

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Freitag, 23. Februar.

1883.

Nr. 136.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung.

Berlin, 22. Februar. Am Ministertische: von Puttkamer, Friedberg, Lucius, v. Gohler, Scholz.
 Präsident von Köllner eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.
 Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes, betreffend den Erlass der Klassensteuer und zwar folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution:
 Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
 Die königliche Staatsregierung aufzufordern:
 1. in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Einkommen- und Klassensteuer unter Beachtung besonders folgender Hauptgrundsätze reformirt wird:
 a) die Steuerfätze sind dem geringeren Einkommen fallend abzustufen, daß der Gesamtbetrag der den Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 6000 Mark zu gewährenden Erleichterungen nicht hinter dem Gesamtbetrage der denselben durch das Gesetz vom 10. März 1881 gewährten Erleichterungen zurückbleibt;
 b) die Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse bei der Veranlagung hat, in weiterem Maße als bisher, mindestens bis zu einem Einkommen von nicht über 6000 Mark zu erfolgen;
 c) durch veränderte Veranlagungsformen ist die gleichmäßige, dem wirklichen Einkommen entsprechende Veranlagung in höherem Maße als bisher sicher zu stellen und zu diesem Ende vor Allem zu dem Grundsatze der Deklarationspflicht überzugehen.
 2. Auf die gleichzeitige höhere Besteuerung des Einkommens aus Kapitalvermögen, entweder im Rahmen der Einkommensteuer oder auf andere Weise Bedacht zu nehmen.
 Dazu liegt folgender Antrag der Abg. Büchtemann, Hänel, Dirschlet vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
 Der Resolution hinzuzufügen:
 3. Der reformirten Steuer ist, unter Anpassung des Gesetzes vom 16. Juli 1880 an die bewirkten Aenderungen, die Beweglichkeit zu sichern, welche die Erhebung bestimmter Quoten derselben nach Maßgabe der Staatsbedürfnisse durch das Budget bewerkstelligen läßt.
 Abg. Hänel: Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß man erörtern muß, ob bei einer Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse nicht noch andere Momente in Betracht kommen, z. B. ob die Zusammenrechnung des Einkommens aller Familienmitglieder richtig ist, ob wir nicht eine Altersgrenze ziehen sollen. Nicht so einverstanden kann ich sein mit dem Abj. c. Ein besseres Anlageverfahren ist wohl angebracht. Wenn man aber gleich bestimmte Maßregeln dafür angeben will, so überzieht man das Ziel. Was versteht man denn unter dem Ausdruck Deklaration? So lange man dabei eine technische Durcharbeitung nicht vor Augen hat, kann man eine klare steuerliche Anschauung damit nicht verbinden. Diese Deklarationspflicht ist in den verschiedensten deutschen Gesetzen ganz verschieden aufgefaßt worden. Auch ist über das Maß der Anwendung nichts gesagt, ob man sie nur beschränken will auf die Kapitalrentensteuer, oder auf die ganze Einkommensteuer ausdehnen. Bei einem solchen Gedanken halte ich es für richtiger, ihn erst dann zum Gegenstand der Resolution zu machen, wenn Alles dieses klar gestellt ist. Ganz die ähnlichen Bedenken habe ich gegen Nr. 2. In darin ein legislatorischer Gedanke enthalten? Wenn das fundirte Einkommen anders besteuert werden soll als das unfundirte, so ist das ja richtig. Allein diese Frage ist noch in unseren Steuergesetzen durchaus nicht gelöst. In nun in der Resolution eine Aenderung zur Lösung gegeben? Wir sind nicht in Zweifel, daß von der praktischen technischen Gestaltung hierbei Alles abhängt. Wenn nicht die Kapitalrentensteuer in mäßigen Sätzen angelegt wird, dann können Sie nur eine neue Prämie auf die Ungleichheit in der Besteuerung. Wenn man vielleicht den Bitter'schen Entwurf mit seinen scharfen Sägen hier im Auge hat, würde man nur neue Ungerechtigkeiten herbeiführen. Also Abschnitt c. und Nr. 2 sind praktisch bedenklich, weil sie nicht klar sind. Und deshalb halte ich es für richtiger, gar nichts zu sagen, als etwas, was falsch verstanden werden kann. Notwendig mußte es uns auch auffallen, daß in der Resolution die Frage der Quotifung gänzlich übergangen ist. In diesem Augenblicke ist in Preußen gewissermaßen eine Quotifung eingeführt, nämlich durch das Gesetz vom 16. Juli 1880, wo wir durch das Verhältnis unserer Steuer zu den Reichsfinanzen dazu gezwungen wurden. Dieselbe beschränkt sich allerdings nur auf gewisse Steuerzweige. Diese Quotifungsfrage drängt sich notwendig in dem Augenblicke auf, wo eine neue Skala aufgestellt wird, die das Gesetz von 1880 alterirt. Deshalb verlangen wir, daß jene Quotifung auch auf diese reformirte Steuer ausgedehnt wird. Daß wir bei dieser Anpassung eine andere Gestaltung finden müssen, ist mir ganz klar. Ich beschränke mich darauf, die praktische Notwendigkeit der Quotifung zu betonen. So viel über die Resolution im Einzelnen. Was die Resolution im Ganzen betrifft, so möchte ich ihr nur dann einen Werth beilegen, wenn sie durch ein kontradiktorisches Verfahren mit der Regierung vereinbart wäre. So ist sie nur ein unnützer Ballast, zumal nach der gestrigen Erklärung des Finanzministers. Eine Resolution, die die Erklärung des Herrn Hänel widerspiegelt, würde ich zustimmen. Aber eine Resolution, die ganz verschieden aufgefaßt werden kann, namentlich vom Herrn Minister, halte ich nicht für richtig.
 Abg. Dr. Wagner: Ich habe mich für die Resolution einschreiben lassen, weil ich in ihr das Minimum des für die Zukunft Notwendigen erblicke. In der gegenwärtigen Fassung kann auch derjenige, der am ängstlichsten für die Interessen der Bevölkerung gegenüber dem Fiskus eintritt, sich ihr anschließen. Ich muß ihr nur den Vorwurf machen, daß sie nicht in allen Punkten scharf und präzise genug ist. Unklar ist in ihr darauf hingewiesen, daß wir unser direktes Personalsteuersystem beibehalten, es aber reell durchführen wollen. In dieser Hinsicht sind die einzelnen Ausdrücke allerdings von der Kommission sehr abgemildert worden. In einem Lande, wo der Schwerpunkt der Steuern in die indirekten verlegt ist, muß man um so mehr die direkten verschärfen. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die indirekten Steuern weil sie theils notwendige, theils sehr verbreitete Quasi-Verzehrungskonsumptibilien treffen, progressiv sind. Deshalb muß diese Progression durch die Progression der direkten Steuern balancirt werden. Die Kommission hat dies richtig erfaßt, aber nicht recht zur Geltung ge-

bracht. Obgleich keine Aussicht ist, eine verschärfte Resolution jetzt durchzubringen, möchte ich doch deren Nothwendigkeit andeuten. Es ist unhaltbar, Getreide- und ähnliche Zölle als Finanzzölle aufzufassen. Die Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft unserer Landwirtschaft ging hier den finanziellen Gesichtspunkten vor. (Sehr richtig! rechts.) auch haben dadurch die Städte und kleinen Handwerker gesicherten Absatz bei den Landwirthen gefunden. Nicht die Verbrauchsteuern, wohl aber die Wohnungssteuern sind Finanzsteuern, jene müssen vielmehr nach dem Muster der anderen Staaten noch weiter ausgedehnt werden. (Wiederipruch links.) In Betreff der direkten Steuern verlangen wir vor allen Dingen ein schärferes Einschätzungssystem. Auf der linken Seite herfür nur eine platonische Zuneigung. Daß in der Verschärfung des Einschätzungssystems etwas Sozialistisches liegen soll, muß ich entschieden zurückweisen. Es zeigt sich immer von Neuem der enge Zusammenhang der direkten und indirekten Steuern. Das ist der Mangel der Politik des Fürsten Bismarck, daß er meint, man könne nur mit indirekten Steuern auskommen. Aber nicht nur eine Verschärfung der Einschätzung, auch eine Erhöhung der Steuern ist nothwendig. Geseien sind wir mit einem darauf abzielenden Antrage in der Minorität geblieben, weil die Linke gegen ein Provisorium war. Das ist der Grund, weshalb ich der konservativen Partei nicht angegeschlossen. weil ich gesehen habe, daß man hier bereit ist, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Thaten zu helfen, weil sie gern im Interesse des Staates die höheren Steuern auf sich nehmen wollte. (Lebhafter Widerspruch links. Rufe: Grundsteuer!) Der erste Entwurf, der der Kommission vorlag, sagte, es solle die Steuer bis höchstens zu 4 pCt. gehen. Gegenwärtig ist der Normalfuß 27 pCt., während Bayern 35 pCt. zum Durchschnitt hat. Es ist statistisch nachweisbar, daß je kleiner das Einkommen einer Familie ist, ein um so größerer Theil derselben für die materiellen Bedürfnisse verwannt wird, so bei den Armen 80-90, bei den mittleren Klassen 50-60, bei den Reichen 30 bis 40 pCt. Speziell die Herren von der Fortschrittspartei könnten aus der Nichtbesteuerung ersehen, daß die kleineren Leute 25-20 pCt. des Einkommens für die Wohnung verwenden, die Wohlhabenden 20-10, die Reichen nur 15-10 pCt. Da ist eine schärfere Betreibung der Reichen doch wohl möglich. Der Grundbesitz, der Erwerb wird schon genügend getroffen, nur nicht das Kapital, das in Wertpapieren angelegt ist. Daß die Leistungsfähigkeit des Kapitaleinkommens größer ist, als beim Erwerb durch persönliche Thätigkeit ist ja leicht nachzuweisen. Jenes hängt nicht ab von der Unternehmungsthatigkeit, von Gesundheit und Leben etc., es braucht auch eine Prämie für das Alter nicht, während der persönlich Thätige etwas für die Zukunft sparen muß. Aber Alles das ist noch nicht so wichtig wie die sozialpolitische Seite der ganzen Frage. Es liegt hier ein Problem vor für die gebildeteren wohlhabenderen Klassen, das sie im Interesse der ärmeren lösen müssen. Darin zeigt sich eben die Leistungsfähigkeit des Königthums von Gottes Gnaden und des preussischen speziell, daß es anerkennt, die sozialdemokratischen Tendenzen seien nicht nur durch die Polizei zu bekämpfen, sondern indem man die Ursachen beseitigt und nicht nur die Konsequenzen unterdrückt. Vielleicht sagt Herr Windthorst da wieder, das komme auf die Theorie des heil. Crispin heraus. Ich bin nicht so eingeweiht in die Kirchengeschichte, ich weiß aber, daß die Geschichte nur eine Fabel ist; allem der Gedanke liegt darin, daß man mit den Mitteln der Reichen der Armen helfen soll. Auf dieser Crispin'schen Politik ist das preussische Königthum der Pfadfinder gewesen. (Beifall rechts.) Man hat nun gesagt, meine Lehre sei sehr bedenklich, ich sei gewissermaßen ein Vorfahr der Jugend, weil so viele Jünglinge an den Universitäten sozialistische Tendenzen hätten. Diese sind nicht Sozialisten, sondern Männer, die die Konsequenzen ihrer Prinzipien zu ziehen wissen und sie ziehen werden. Wenn sie nach zehn Jahren in die Praxis eintreten werden, dann werden sie das große Gut eines strengen Staatsbewußtseins mitbringen. (Ob! links. Beifall rechts.) Mit bloßen Redensarten heilt man die sozialen Schäden nicht. (Sehr richtig! links.) Und dann erwidere ich dem Abg. Windthorst: die Jünglinge werden in einem Staatsbewußtsein ausgebildet, mit dem die Gegner, mit dem der Kapitalist wird rechnen müssen. Zu diesem Staatsbewußtsein gehört die Ueberzeugung, daß heute, nachdem Deutschland mächtig und groß geworden ist, die Sozialpolitik nothwendig ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das was ich lehre und offen bekenne, stützt sich auf die Autorität der herrlichen kaiserlichen Botschaft, mit der der Reichstag eröffnet wurde, die in großen Zügen, in prächtigem Lapidarstil uns die Ziele steuert. Von höchster Stelle aus ist zum ersten Male anerkannt worden, daß man den Ansprüchen derer, die sich im Kampfe ums Dasein mühen, gerecht werden muß. Und wenn mir sozialistische Politik vorgeworfen wird, dann beruhe ich mich auf ein anderes Altesstück mit kaiserlicher Unterschrift und Siegel, auf die Motive zum Gesetz über die Arbeiterunfallversicherung. Da ist gesagt, daß der Staat sich in höherem Maße wie bisher seiner Fürsorgepflicht annehmen muß, daß dies nicht nur Aufgabe des Christenthums, sondern auch der staats-erhaltenden Politik sei, daß der Staat nicht nur eine nothwendige, sondern auch eine wohlthätige Anstalt sei. Das ist der Standpunkt, auf dem ich stehe. Andererseits erlaube Sie mir, vom Standpunkte der Wissenschaft aus, die Sache zu beleuchten. (Rufe links: Zur Sache!) Was heißt denn Sozialpolitik? Nichts Anderes als Eingreifen in die Konsequenzen des Wirtschaftslebens, welche sich aus unseren Verhältnissen ergeben. Wenn Sie sehen, wie ein Glend auf der einen, welche Leppigkeit auf der anderen Seite herrscht, daß aus der freien Konkurrenz eine immer größere Trennung zwischen Arm und Reich hervorgeht, dann müssen wir den Muth haben, die schädlichen Konsequenzen der freien Konkurrenz, die falsche Vermögens- und Einkommensvertheilung zu beseitigen. Kenne man es Sozialismus! Es ist die Konsequenz des Standpunktes, auf den die Reichsregierung sich gestellt hat. Freilich muß ich mich wundern, wenn der Finanzminister die Befreiung der dritten und vierten Stufe so leicht fallen läßt, während sie bei stärkerer Besteuerung der höheren Stufen leicht beibehalten worden konnte. Die höhere Steuer wäre von der konservativen Partei auf den Altar der Partei als ein freudiges Opfer niedergelegt worden. (Große Heiterkeit.) Nur einen Ausdruck weise ich ab, unsere Tendenzen sind nicht sozialdemokratisch, sie sind sozialistisch. Dieser Sozialismus kann als ein edler, gesunder, christlicher anerkannt werden. Von dem Gesichtspunkte aus werden an die Finanzpolitik noch weiter gehende Erfordernisse zu stellen sein. Da wird das Projekt, aus dem Ertrage des Tabakmonopols die Arbeiterunfallversicherung zu ermöglichen, wieder aufzunehmen sein. (Rufe links: Zur Sache!) Wenn behauptet wurde, ich sei der Erfinder des Tabakmonopols, so ist das nicht richtig; ich bedauere, diese großartige Idee nicht zuerst gehabt zu haben. Fürst Bismarck selbst ist der Schöpfer dieses Planes, so große

Mittel des Erwerbs zu verwenden für die Arbeiterunfallversicherung. (Rufe links: Theilen, theilen!) Ja meine Herren, Sie (zur Linken) berufen sich immer auf die freie Konkurrenz. Sehen Sie sich einmal die großen Städte an, in 9 Fällen von 10 ist die materielle Lage der Grund für die sozialdemokratische Bewegung. Deshalb muß man anerkennen, daß die höheren Klassen mehr besteuert werden müssen, und deswegen ist die Resolution das Minimum, welches wir verlangen können, deswegen bedauere ich es, daß sie so wesentlich abgeschwächt ist. Lassen Sie mich aber nun zum Schluß kommen. (Bravo links.) Dem Antrage Büchtemann stehe ich Allgemeinen sympatisch gegenüber, nicht aber im Einzelnen, da dadurch den Forderungen des Finanzrechts präjudicirt wird. — Warum aber, wird man fragen, nehme ich mir die Freiheit, hier die Verhandlungen des Hauses bei der bebrängten Geschäftsfrage aufzuhalten? Da frage ich: Wodurch sind wir in diese Lage gekommen? Durch die Verhandlungen des Reichstages über die Militärverwaltung. (Ob! links.) Leider sind auch jetzt noch, nach den vielen Erfahrungen des deutschen Volkes die Grundinstitutionen unserer Macht zu erschüttern gesucht worden. (Lebhafter Widerspruch links; Rufe: Zur Sache!) Die Deutschen sind drauf und dran, den Schlafstein aus dem Hause auszulösen, das jetzt so groß und mächtig ist. (Zur Sache!) Verlassen Sie sich darauf, die jungen Männer, die jetzt erzogen werden, die werden eintreten für den brandenburgisch-preussischen Staat. (Ob! links.) Die werden an der Nothwendigkeit, ein großes Heerwesen zu haben, nicht rütteln, und andererseits die Konsequenzen ziehen, die Sie (zur Linken) zu ziehen nicht den Muth haben. (Lebhafter Beifall rechts. Zwischen links.)
 Abg. Dr. Windthorst: Ich habe mich erwarten können, daß der Abg. Wagner diese Gelegenheit wahrnehmen würde, frühere Aeußerungen zu rechtfertigen und neue hinzuzufügen. Allein meine künftigen Erwartungen sind weit übertroffen worden. Zuvörderst erkläre ich auch heute, daß ich sein Eingreifen in die Diskussion ihm nicht verüble. Wenn er aber diese Gelegenheit benutzt hat, eine scharfe Kritik über den Reichstag und sein Vorgehen in der Militärberatung zu fallen, so will ich es dahin gestellt sein lassen, ob es recht ist, in der Vertretung des führenden deutschen Staates in solcher Weise vorzugehen. (Sehr richtig! links.) Und, was er sagt, ist durchaus unbegründet. In Deutschland haben wir keinen Menschen gefunden, der an unzeren Institutionen rütteln wollte. Und wenn er sich gegen das Zentrum hat wenden wollen, dann wäre es angezeigt gewesen, die Diskussion, die er lang fand, zu lesen und zu verstehen. Wenn wir die Nothwendigkeit einer großen Armee voll anerkennen, ist es um so nothwendiger, zu untersuchen, inwiefern gespart werden kann. (Zustimmung links.) Und andere Absichten haben weder meine Freunde gehabt, noch Semand sonst, und wir thun nicht recht daran, diejenigen zu verdächtigen, die die Sparsamkeit empfehlen. (Rufe rechts: Eugen Richter!) Auch der Abg. Richter hat nur Sparsamkeitsfächeln betont. Glaubt denn Herr Wagner die Vertheidigung des Königthums allein gepachtet zu haben? (Bravo! links und im Centrum.) Also, meine Herren, diesen Appell weise ich mit Entrüstung zurück. (Bravo! links.) Dann muß ich heute recht ernsthaft fragen: Inwiefern treten die Herren von der konservativen Partei für Herrn Wagner ein? (Sehr richtig! links.) Denn hier sind Grundfätze aufgestellt, die den Staat in den Fundamenten angreifen. (Rufe rechts: Die kaiserliche Botschaft.) Erstens weiß ich nicht, ob es geschmackvoll ist, in die Debatte den Namen des Kaisers zu tragen. (Zustimmung links.) Jedenfalls halte ich es nicht für zulässig, die Allerhöchste Person anzuführen, wenn es sich um Aeußerungen aus Schriftstücken handelt, die nicht konfessionell sind. Uebrigens mache ich für die Thronrede das Gesamtministerium, welche sie entworfen hat, verantwortlich. Aber auch Alles, was darin enthalten ist, unterschreibe ich wörtlich. Führt, was da gesagt ist, zu klaren, konkreten Resultaten? (Rufe rechts: Ja wohl!) Sie (zur Rechten) finden das, weil Sie mit allgemeinen Sätzen konkrete Fragen zu lösen glauben. Alles, was da geschrieben ist, kann auch ein Manchestermann schreiben, und wir haben schon bei der Beratung des Sozialistengesetzes betont: mit den Repressivmaßregeln geht es nicht. Ihr sollt die Sozialdemokratie positiv bekämpfen, und ihre berechtigten Ansprüche unterstützen. Aber wollt Ihr das Glend milbern, wollt Ihr eine Vermittelung zwischen dem Besitz und dem Nichtbesitz, dann laßt die Kirche frei. Diese Auffassung ist allerdings für einen Mann, der für die Staatsomnipotenz kämpft, unzulänglich, sonst hätte ich doch wenigstens ein Wort davon gehört. Die soziale Frage wird nur gelöst werden durch die Kirche. (Beifall im Centrum.) Gerade die sozialistischen Professoren werden sie nicht lösen. Und wenn der Herr Abgeordnete sich hat decken wollen durch Fürst Bismarck, so ist mir dessen Autorität eine sehr schwer wiegende, aber an dem Fehler leidet auch Fürst Bismarck, daß er die Aufgabe und Bedeutung der Kirche nicht erkennt, sonst würde er sie nicht behandeln, wie er sie behandelt. (Sehr richtig! Centrum.) Herr Wagner hat nun gemeint, daß durch ihn die Jugend mit einem kräftigen Staatsgedanken erfüllt werde. Wenn aber die Jugend von der Universität zurückkehrt mit dem Gedanken, daß der Staat Alles könne auf allen Gebieten, dann wird sie verderbt. Zu meiner Freude stehen nicht alle Nationalökonomien auf dem Boden des Herrn Wagner, nicht Schmoller, Röscher, Rau. (Abg. Wagner ruft: Aber die jüngere Generation!) Eigentlich möchte ich mich hier bescheiden niederlassen, denn ich bin wahrscheinlich den verehrten Herren zu alt. (Heiterkeit.) Aber wollte er mir ein Kompliment machen, daß ich zur jüngeren Generation gehöre? (Heiterkeit.) Diese allgemeinen Erörterungen können wir hier nicht zu Ende führen. Sehen wir uns auch einmal die Resolution an. Wenn es nach meinen Anschauungen ginge, würden wir nichts thun, als die Regierung auffordern, uns in der nächsten Session einen Reformplan der direkten Steuern vorzulegen. Die in der Resolution hervorgehobenen Punkte können die Sache keineswegs erschöpfen. Wir müssen der Regierung die freie Erwägung überlassen, daß bei der Einschätzung ein Mangel vorhanden sei. Ich werde die Resolution deshalb annehmen, möchte aber warnen, durch weitere Aenderungen den Minister zu beschränken. Nun hat Herr Wagner das ablehnende Votum gegenüber dem Antrage des Herrn v. Hammerstein bemängelt. Erst heute ist es klar geworden, daß eine politische Tendenz darin lag; das zeigt sein Appell an die Massen der Armen. Ich lasse dahingestellt, ob ein solcher Appell von dieser Stelle aus richtig ist, wenn man nicht die Mittel zu ihrer Befriedigung in der Tasche hat. Das ist geschehen von Herrn Wagner, der sich mit der Autorität des Kaisermantels und des Fürsten Bismarck bedient. Es sind diese Uebertreibungen von der Rechten mit Beifall bearbeitet worden, und wir haben noch keine Stimme gehört, welche ihr Verhältnis dazu klar stellt. Ich halte die Herren für verpflichtet, klar und bestimmt zu sagen, wie weit sie gehen. Ich fürchte, daß solche Aus-

lassungen einen lebendigen Widerhall finden werden, denn die Noth ist groß, aber man soll nicht fort und fort die Wunde brennen, wenn man keinen Balsam bereit hat. Oder soll ein solcher Balsam in dem Tabaksmopol liegen? Ich will nicht den naheliegenden Gedanken ausdrücken, daß Tabakslauge scharf ist, (Oh! oh! rechts) aber vergiftet der Herr, daß eine große blühende Industrie auf dem Tabak ruht, daß viele Existenzen vernichtet werden, wenn man diese dem Moloch Staat opfert? Die Enterbten soll man nicht an ihre Enterbung erinnern, wenn man nicht ein gutes Legat in der Tasche hat. — Ich bin dem Abg. Wagner dankbar für seine Rede, hätte nur gewünscht, daß ich vorher davon Kenntniß bekommen, denn ich habe nur auf sehr wenig eingehen können. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. Wagner: Abg. Windthorst hat gezeigt, daß er immer seinen Mann steht, und ich möchte wohl in seinem Alter noch so leistungsfähig zu sein. Seine Vorwürfe anlangend, so ist es mir nicht eingefallen, die Institution des Reichstags anzugreifen, aber eine Kritik seiner Verhandlungen muß ihm gestattet sein, und ich bleibe dabei, daß bei den Verhandlungen über das Budget bedauerliche Tendenzen zu Tage getreten sind. — Die feierliche Botschaft geht von gesunden sozialpolitischen Ideen aus, und nachdem sie in feierlicher Form publiziert worden ist, muß es auch gestattet sein, sich auf die Botschaft zu berufen. Uebrigens glaube ich, daß wir der Mitwirkung der christlichen Kirche nicht entzogen können und übersehe nicht, daß die Sozialdemokratie in katholischen Gegenden weit weniger entwickelt ist als in protestantischen. Was aber die Steuerfrage betrifft, so ist die Regelung derselben lediglich Sache des Staates. Redner geht sodann auf das Tabaksmopol ein und ist bemüht, nachzuweisen, daß die Einführung desselben nur Segen gebracht haben würde. Der Grundbesitz würde sich dabei besser haben als heute, dafür sei das Glas ein klassischer Zeuge. Freilich der Zwischenhandel würde leiden, aber das Staatsinteresse gehe vor. (Wiederholte Rufe: zur Sache! auch der Präsident ruft den Redner zur Sache.) Redner schließt, indem er nochmals wiederholt, daß er auf dem Boden der feierlichen Botschaft stehe und hierin stehe die konservative Partei, d. h. der Keim des preussischen Adels, hinter ihm.

Abg. Büchtemann: Noth und Elend wollen auch wir lindern, aber nicht auf dem Wege des Herrn Wagner, der den Einen nehmen will, um den Anderen zu geben. Die Kritik, die Herr Wagner am Reichstag geübt hat, ist durchaus unbillig und zeigt, daß er die Verhandlungen nicht verstanden hat. Man hat sich dort bemüht, durch Sparämlichkeit dem Lande mehr zu nutzen als hier Herr Wagner durch seine unklaren Reden. Die Wissenschaft achten wir hoch, aber aus Herrn Wagner spricht nicht die Stimme der Wissenschaft, sondern ein in sich selbst unklarer, gährender sozialistischer Geist, der erst dann hervortreten sollte, wenn er zu greifbaren klaren Resultaten gelangt ist. (Sehr wahr! und Beifall links.) Herr Wagner kritisiert den Finanzminister, will aber nicht gestatten, daß der Kriegsminister kritisiert wird. Dies ist einer der vielen Widersprüche, in denen sich Herr Wagner bewegt. — Die jetzige akademische Jugend soll zu einem strammen Staatsbewußtsein erzogen werden — sagt Herr Wagner. Ist das etwa bisher nicht der Fall gewesen? Die feierliche Botschaft ist sicherlich von der besten Absicht diktiert, aber zwischen ihr und den Auffassungen des Abg. Wagner liegt eine weite Kluft; mit der Botschaft ist sehr wohl das Königthum von Gottes Gnaden vereinbar, niemals aber mit den Ideen des Herrn Wagner. (Beifall links.)

Abg. Sobrecht: Die Absicht der Resolution, welche Ihnen die Kommission vorbringt, ist auszusprechen, daß wir keine weitere Abbrödelung des direkten Steuerwesens, aber die Vorlegung eines Steuerreformgesetzes wünschen. Die Unklarheit, welche vielleicht in einzelnen Sätzen liegen mag, kann uns nicht hindern, dafür zu stimmen, da wir durch deren Annahme immerhin ein werthvolles Zeugniß für unsere Ansicht geben. Den Antrag Büchtemann, welcher bereits in der Kommission vorlag, bitte ich abzulehnen. Wenn ich auch gegen die Quotierung nichts einzuwenden habe, so würde dieselbe doch zur Zeit als Vorschritt für die Regierung nicht zu empfehlen sein.

Abg. Rickert erklärt sich gegen die Resolution, welche, wie die Erfahrung zeige, niemals etwas nütze. Sie gegen den Abg. Wagner wendend, bemerkt er, daß an dessen persönlicher Ansicht wenig gelegen sei; aber man müsse wirklich wissen, ob die Konservativen diesen Ausführungen zustimmen. Herrn Wagner's Rede plaudere heute direkt für den Kommunismus. Sie sei eine bloße Wahlrede. Aber die Arbeiter wissen ganz genau, was sie von diesen Reklamationen zu halten haben. Die Liberalen haben die politische Gleichberechtigung und das Koalitionsrecht der Arbeiter durchgesetzt. Sie (zur Rechten) wollen sie durch die Besteuerung nothwendiger Lebensmittel, durch Arbeitsbücher und Polizeimaßregeln beseitigen. Das übrigens ein Mann, der von parlamentarischer Praxis keine Ahnung hat, der kaum warm geworden ist im Hause, waagt solche Kritik am Reichstag zu üben, ist ein neuer Vorgang. Herr Wagner deckt seine sozialistischen und kommunistischen Theorien durch die feierliche Botschaft, das ist unerhört und er ist sich der Pflicht des Volksvertreters nicht bewußt, wenn er glaubt, durch solche hohle Phrasen irgend etwas zu erreichen. Abgeordneter Büchtemann hat ihn in dieser Hinsicht ganz richtig charakterisiert. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt: Abg. Wagner hat ausgesprochen, daß nur die Krone die Macht hat, das Pedal in der sozialen Frage im Gleichgewicht zu halten und daß diese uns mit Hilfe der Kirche, aber nicht allein durch diese, wie Herr Windthorst sagte, zu lösen ist. Wir halten allerdings die feierliche Botschaft für ein werthvolles Fundament und glauben, daß nur durch die Krone vorwärts zu kommen ist. Früher hat die preussische Krone die Feudalrechte des Adels gebrochen und die unteren Klassen befreit; wir sind ihr dankbar dafür. (Beifall rechts.) Aber wir glauben, die Krone hat auch heute noch die Macht, volkschädliche Gewalten zu brechen. — Unter der Manchestertheorie ist Alles zusammengebrochen. Sie waren selbst vor fünf Jahren dieser Ansicht; jetzt glauben Sie durch das Sozialistengesetz geübt zu sein, aber wir sind der Ansicht, daß die Gefahr noch nicht vorüber ist und wollen das unsere thun, um die soziale Frage zu lösen. Aber ohne den tiefen Grund des Christenthums ist das nicht möglich, das wissen wir und daran halten wir fest, darum haben wir das Odium des Antisemitismus auf uns genommen. Darum sind wir aber keine Sozialdemokraten und das Volk kennt den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten ganz genau. Wir glauben, daß die Steuer da genommen werden muß, wo sie geleistet werden kann, und stimmen darin ganz mit Herrn Wagner überein. Sie, auf der Linken, werfen Herrn Wagner Unklarheit vor, ich glaube, Herrn Wagner's Reden sind sehr klar und sehr scharf und treffen Sie sehr, das mag Ihnen unangenehm sein, aber auch im Lande findet man die Reden des Herrn Wagner, welche man eingehend liest, sehr klar. Herr Rickert beschwert sich über die Kritik, die wir an den Reichstagsdebatten üben, aber wir halten das für unser Recht. Freilich Herrn Rickert's Reden können unsere vorzügliche Militärverfassung nicht erschüttern. Sie behaupten auch das nicht zu wollen, aber wenn man ihre Presse liest, kommt man zu anderer Ansicht, und Ihr Vorgehen bei diesen Fragen ist für uns der Prüffstein für ihre Königstreue. Wir haben den festen Glauben, daß nur das Königthum der Hohenzollern unter dem schwarz-weißen Banner die soziale Frage zu lösen im Stande ist und zwar mit Hilfe der Kirche! (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Abg. Hänel: Wir hatten eine klare Antwort von der rechten Seite erwartet, wie sie zu den Ansichten des Herrn Wagner steht. Die Ausführungen des Herrn v. Rauchhaupt besagen aber gar nichts. Das Königthum der Hohenzollern soll die soziale Frage lösen; wir glauben eher, daß das Kaiserthum sich mit dieser Aufgabe zu befassen hat und wenn Sie sagen, mit Hilfe der Kirche, so wird ja das von keinem Menschen geleugnet. In den Ausführungen des Herrn Wagner finden wir als Kernpunkt immer den omnipotenten Staat. Die Worte Wagner's entsprechen durchaus den Lehren des Kommunismus. Die Regelung der Vermögensverhältnisse von Staatswegen ist eine Forderung, welche Herr Wagner überall aufstellt, und wie sich die Konser-

ativen dazu stellen, hat uns Herr v. Rauchhaupt nicht gesagt. Herr v. Rauchhaupt hat die christliche Gesinnung dadurch beweisen wollen, daß er sagte, seine Partei habe gern das Odium des Antisemitismus auf sich genommen. Aber wir halten die ganze Bewegung für das unchristlichste was es giebt und er hätte sie nicht seiner Partei anheften sollen. Uebrigens hat die katholische Geistlichkeit sich in lobenswerthester und mufterhaftester Weise sich gegen diese Bewegung ausgesprochen, ganz anders wie die evangelischen Pfarrer. Das ganze Vorgehen des Herrn Wagner zeigt eine Leidenhaftigkeit, welche das Maß des erlaubten weit überschreitet. Wir haben im Reichstage niemals die Friedensstärke unserer Arme angefaßt, wir haben Detailkritik geübt, wie sie uns nach konstitutionellem Recht zusteht. Freilich sind wir der Ansicht, wenn es mit der stürzlichen Rüstung, die die Völker Europas tragen, nicht besser wird, daß sie dann schließlich zerrieben werden müssen von ihren Schulden und Lasten, und wenn wir hier Sparämlichkeit predigen und die kostenmäßige Erziehung unserer Soldaten verhindern wollen, dann tasten wir doch wohl nicht an der Sicherheit des Staats. Ja, wenn Herr Wagner so in seinen Vorlesungen auftritt, dann wird er zu einer gefährlichen Figur. (Weiterkeit.) Ich habe niemals in meinen Vorlesungen gewagt, Tagesfragen unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Erörterungen zu beleuchten. Das gereicht unserer Wissenschaft und unserer Politik zum Verderben. Jene künstliche Aufspaltung eines gefälschten Staatsgeistes in unsere Jugend halte ich für eine große Gefahr für unser Vaterland. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Stöcker: Herr Hänel hat heute die guten Ziele der feierlichen Botschaft anerkannt; dafür bin ich ihm dankbar, denn Herr Rickert hat im Reichstage die Botschaft unklar genannt. (Abgeordneter Rickert: Da sagen Sie wieder eine Unwahrheit! Unruhe rechts.) Herr Hänel hat gesagt, daß er die Kraft und den Werth des Christenthums anerkenne, während vorher von Ihrer Seite die erziehbare Kraft des Christenthums geleugnet wurde. — Die Beseitigung des sozialen Elends ist unsere größte Aufgabe, und die antisemitische Frage ist hauptsächlich die Folge davon, daß von jüdischer Seite so viel Vermögen aufgehäuft und nicht immer gut angewendet wird, und wenn die jüdische Presse unser christliches Volksleben vergiftet und Sie treten dagegen nicht ein, so sehen Sie sich in unlöslichen Widerspruch mit dem deutschen Volksbewußtsein. Wenn Sie meinen, daß die katholischen Geistlichen in der antisemitischen Frage anderer Ansicht sind, so kennen Sie die Schriften des Bischofs Macrin von Bambergen nicht, und Sie sollten doch auch wissen, daß das Ghetto in Rom noch zu der Zeit bestanden hat, als die Juden in Berlin bereits im Thiergartenviertel wohnten. (Weiterkeit.) — Sie vindicieren sich das Verdienst, die Genossenschaftsbewegung gefördert zu haben, aber Sie haben gerade im Jahre 1869 die Innungen geschlagen und Ihre Schulze-Delitsch'schen Genossenschaften haben zur Lösung der sozialen Frage gar nichts genützt. Die Kritik meines Freundes Wagner über die Verhandlungen im Reichstage war durchaus berechtigt; übrigens will Herr Wagner durchaus keine Staatsomnipotenz, aber wir wollen auch nicht wie Herr Windthorst eine Kirchenomnipotenz, wir wünschen vielmehr ein Handinhandgehen von Staat und Kirche, um Raum zu schaffen für eine neue Epoche im Leben der Nation. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung vermahnt sich Abg. Wagner dagegen, daß er in den Vorlesungen Agitation treibe, wenn er auch als Nationalökonom die Tagesfragen berühren müsse. Wenn er als ein gährender Geist bezeichnet worden ist, so nenne er die Fortschrittler ausgegohrenen Kaffee, der sauer geworden ist. (Weiterkeit.)

Der Antrag Büchtemann wird sodann abgelehnt, die von der Kommission vorgeschlagene Resolution gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und der Sezessionisten angenommen.

Darauf tritt das Haus in die Beratung des Kultus-

etats ein.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt. Bei Tit. 1 der Ausgaben „Minister 36,000 M.“ nimmt das Wort

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Asli: Meine Bemerkungen richten sich nicht gegen die Person des Herrn Kultusministers; ich erkenne vielmehr an, daß der Herr Minister — wenn auch in letzter Zeit die Zügel wieder etwas straff angezogen worden sind, im Ganzen uns wohlwollend gegenüber gestanden, besonders in den Schulfragen. Aber ich habe wieder zu klagen über die Bedrückung der katholischen Kirche. Ich weiß, daß zwar der Herr Kultusminister formell verantwortlich ist, thatsächlich aber ist ein Anderer dafür verantwortlich. Ich muß vorweg etwas bemerken. Man wird mich als Friedensstörer hinstellen, da ich die Fragen anrege, in dem Moment, wo der Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser publiziert wird. Zunächst bedauere ich, daß die Veröffentlichung zuerst in einem Blatte erfolgt ist, das sich so allgemeiner Beachtung erfreut, wie die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ (Sehr wahr! links.) Ich erkläre sodann nochmals, daß wir jeden Frieden zwischen der Kurie und dem Staat uns gern unterwerfen und wir werden uns freuen, wenn ein solcher, wie gesagt wird, über unsere Häupter hinweg geschlossen wird. Wir sind aber in unserer Konfession die ältesten Brüder in diesem Staate, und unsere Rechte sind uns in Verträgen und in der Verfassung verbürgt und beschworen worden. Es hat mich gestreut, daß Sie (zur Linken) so sehr gegen die Verstaatlichungsrede des Herrn Wagner sich erklärt haben. Denn ich stehe auf Ihrem Standpunkt in dieser Hinsicht. Nebenbei bemerkt, ist es vielleicht ganz gut, daß, nachdem der eine Meisterfänger Wagner todt ist, ein neuer Zukunftsmusiker ersticht. (Weiterkeit.) Aber eine verrücktere Verstaatlichung, als die der Kirche, ist doch noch nie dagewesen. Sie (auf der Linken) treten so sehr gegen den Antisemitismus auf, aber die Judenfrage der Antisemiten ist nur ein Kinderpiel gegen die Katholikengeisse der letzten zehn Jahre. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich frage also den Herrn Kultusminister, warum das Gesetz vom 31. Mai 1882 unausgeführt geblieben? Damals wurde erklärt, daß Gesetz sei dringend nötig, um die Lage der Katholiken zu erleichtern und deshalb haben wir nach langer Ueberlegung und mit schwerem Herzen den diskretionären Gewalten zugestimmt. Hätten wir das nicht gethan, dann hätte man uns für Friedensstörer ausgeschrien. Nun haben wir für das Gesetz gestimmt, es ist aber nichts geschehen, kein Bischof ist zurückgerufen, das Sperrgesetz ist nicht aufgehoben. Damit ist konstatirt, daß die Schuld an der Verweisung liegt, daß unsere Diözesen durch die Schuld der Regierung verwaist sind, welche nach ihren damaligen Erklärungen mit ihrer politischen Ehre engagirt war, das Gesetz auszuführen. Die ganze katholische Kirche und ihr Oberhaupt haben ihre Friedensliebe bewiesen und immer kommt man mit neuen Anforderungen. So groß all die Noth auch ist, so ist unsere Lage doch nicht so schlimm, als wenn wir einen Klerus hätten, der nicht vom Bischof, sondern vom Oberpräsidenten angeführt wäre und der Aufsicht des Landraths unterstände. Wir wollen einen römisch-katholischen und nicht einen preussischen Klerus, wir wollen die Sacramente aus würdigen, nicht aus erklommunizirten Händen empfangen. (Beifall im Centrum.) In den kirchlichen Wirren im Jahre 1837, ebenso im Jahre 1843, wie auch jetzt, hat der Staat immer die von der Kirche Abtrünnigen in jeder Weise protegirt; die Folge davon war immer, daß er sich ungeheuer kompromittirt und blamirt hat. Wie wir jetzt behandelt werden, verbreitet sich immer mehr der Glaube, daß wir von der Regierung kein Recht zu erwarten haben und es herrscht das Gefühl vor, welches Herr v. Mallinckrodt als das „Knirchen des ganzen inneren Menschen“ bezeichnet hat. Ich bitte Sie noch einmal dringend darum, kehren sie um von dem Wege, der zum Unheil führt für die Kirche und das Vaterland. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Kultusminister v. Gölzer: Der Kernpunkt der Ausführungen des Herrn Vorredner lag in der Frage, weshalb die Regierung das Gesetz vom 31. Mai vorigen Jahres nicht ausgeführt hat, da doch ihre Ehre dabei engagirt war. Der allgemeine Vorwurf, das Gesetz sei unausgeführt geblieben, trifft in keiner Weise zu. So ist Art. 3,

welcher die Vorbildung der Geistlichen regelt, in vielen Fällen angewandt worden, und es wird dem Herrn Vorredner nicht unbekannt geblieben sein, daß zufällig der erste, bei dem davon Gebrauch gemacht wurde, eine ihm sehr nahe stehende Persönlichkeit war. Von Art. 2, Absatz 2, betreffend die Begnadigung ist auch pro practerito, d. h. der Bischöfe, Anwendung gemacht worden. Diesen Artikel hat Herr v. Schorlemer auch unter dem Gesichtspunkt einer Fakultät gebracht; das ist er aber nicht und kann er nach der Natur der Sache nicht sein, denn die Begnadigung ist ein Recht der Krone. Die eigentlichen Fakultäten sind in Art. 1, der aus der Novelle vom Jahre 1880 übernommen ist, enthalten. Es sind ihrer drei. Zunächst soll es gestattet sein, den Bisthumsverwesern den Eid zu erlassen. Zur Anwendung dieser Bestimmung lag keine Gelegenheit vor, denn dem einen Bischof, der inzwischen verstorben ist, ist der Eid auf Grund einer früheren königlichen Verordnung erlassen worden. Die kommissarischen Verwaltungen der unbesetzten Diözesen aufzuheben, hätte unabsehbare Folgen gehabt. Was also von den allgemeinen Vorwürfen des Abg. v. Schorlemer übrig bleibt, bezieht sich auf die Sperre. Warum fragt er, hat denn die Regierung die Sperre nicht aufgehoben, da doch die abgesetzten Bischöfe in keiner Weise anders gelassen sind als die von der Regierung neu eingekerkert? Die Regierung hat sich stets gefragt, es im Interesse des Friedens liegt, Bischöfe zu begnadigen. Nach langen und schweren Bedenken ist die Regierung entsprechend der Entwicklung der politischen Situation, zu der Ansicht gelangt, es liege die Anwendung einer derartigen diskretionären Gewalt in keiner Weise geeignet, den Frieden im Vaterlande zu fördern. (Hört, hört! im Centrum.) Man hat nun die Regierung durch eine Kraftprobe, nämlich durch die Adresse aus der Diözese Köln, zum Vorgehen zu veranlassen gesucht. Es ist interessant in katholischen Blättern zu lesen, daß man damals auf einen Erfolg gar nicht gerechnet habe. Die Sache ist also nicht so harmlos, als man heute darzustellen bemüht ist. Ungeachtet aller schweren Bedenken und schlimmen Erfahrungen hat die Regierung einmal nahe daran, die Sperre aufzuheben und einen Bischof zu begnadigen, auf die Verwendung einer ihr sehr sympathischen Persönlichkeit hin. Da gerade traten die Wirren wegen der Wischenfrage, die von Breslau aus ihren Anfang nahmen. Die Erregung, welche alle nicht-katholischen Kreise des Vaterlandes ergriff, und die den feinsten Punkt des Zusammenlebens der Konfessionen berührte, war so tiefgehend, daß die Regierung erwog, ob nicht Repräsentationsregeln nothwendig seien. Sie hat davon Abstand genommen, weil sie hoffte, der gesunde Sinn der Bevölkerung werde schon den modus vivendi erlangen; die Bewegung ist aber angefangen und besteht noch. Die entscheidenden Monate waren August und September, und wenn damals die Regierung nachgiebig gegen die katholische Kirche gewesen wäre, wäre eine bedenkliche Unruhe und Aufregung gegen die Regierung entstanden. (Oh! im Centrum.) Das ist schwer zu beurtheilen von denjenigen, die selbst bei der Sache interessiert sind. Von diesem Zeitpunkte an beginnt auch Abg. Windthorst das ganz eigenthümliche Programm seiner Politik zu entrollen, wie es seine Reden in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Minden zeigen. (Abg. Rickert ruft: Warum soll denn der Mann nicht reden? Große Weiterkeit.) Da fordert er erstens die Wiedererlangung aller Rechte der Katholiken. (Rufe: Sehr richtig! im Centrum.) Ich bin ja damit einverstanden, meine Herren. (Weiterkeit) zweitens verlangt er Garantien für die Umkehr der Kirchenpolitik, und drittens stellt er den Kampf um die Schule in Aussicht, dem gegenüber der jetzige Streit ein Kinderpiel sei. Wo soll es hin, wenn wir zehn Jahre lang einen Weg zum Frieden suchen, und dann, wenn die erste Morgenröthe desselben erscheint, ein neuer Kampf von viel größerer Tragweite droht? Weshalb nun dieser Umschwung? Man war sich doch im vorigen Jahre bewußt, daß man nicht eine Abolition der Antisemitengesetze anstrebte, sondern eine organische Reform. Als eine katholische Zeitung bemerkte, residiren sei so viel als abschaffen, trat „Germania“ in allerhöchster Weise dagegen auf. Seit dem Umschwung vom Oktober vorigen Jahres ist es für die Regierung zu ihrem Dauern nicht möglich gewesen, weiter zu gehen. Das die Antisemitengesetze auf die allgemeine Frage. Ich gehe jetzt zur Angelegenheit über für mich ohne alle Frage, daß ohne eine formelle Abmachung mit der Kurie auf diesem Gebiete nichts Erfolgreiches zu leisten ist. Bei der Reform im vorigen Jahre hat man die ganze Frage mit dem Entwurf bogen bei Seite gefaßt und hat mit der größten Besorgnis im Herrenhause die Angelegenheit vermieden. Die Angelegenheit auf eine formelle Abmachung zu stützen, ist also der Kernpunkt der ganzen Situation. Gleich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde die Regierung von katholischer Seite gedrängt, eine solche Konvention zu schließen. Im Juli wurde die Taktik geändert und gesagt: wir acceptiren Alles, was die Kurie bewilligt, aber dies und dies ist gegen die Kirche, das kann die Kurie nicht bewilligen. Das ist einer der vitiosen Zirkel, in welchen wir uns bewegen. (Widerspruch im Centrum.) Durch das Gesetz legen auf diesem Punkte ist die legislative Maschine ins Stocken geraten. Vom philosophischen Standpunkte aus wird man in späterer Zeit vielleicht die Angelegenheit belächeln, sie ist aber der Väter der Nation an den die ganze Kirchenfrage geknüpft ist. Die Staatsregierung hat bekundet, daß sie bereit ist, ohne Gegenleistung den Gewissen der Katholiken entgegenzukommen (Widerspruch im Centrum.) aber über den Punkt der Angelegenheit kann sie nicht hinauskommen. — eil man ihr nicht geholfen hat, so trifft die Verschuldung nicht auf dem Gebiete der Anstellung von Geistlichen ist die Regierung in jeder Weise entgegengekommen, heute haben wir ungefähr 150 Stellen neu besetzt. Auch die Angriffe wegen Anstellung der Bischöfe erheben ihres Vieles. Weder die Gegenwart noch die Vergangenheit des Staates berechtigt zu der Annahme, daß nach dieser Richtung eine Schwierigkeit erhoben würde. (Oh! im Centrum.) Das wollen der Regierung reicht soweit, als es die Gesetze nicht verlegt, reicht aber nur bis zur Schwelle des Gesetzesparagrafen. Nach dieser Richtung hin lehne ich alle Angriffe ab. Man kann der Regierung nicht die Anerkennung versagen, daß sie wiederholt die Hand ausgebreitet hat, um die gegenwärtigen Zustände zu bessern. (Beifall rechts. Zwischen im Centrum.)

Abg. Windthorst: Der Herr Minister sagt, es treffe ihn keine Schuld; ich behaupte das Gegentheil. Wenn die Gesetze die Regierung hindern, Gutes zu thun, so muß sie sich bemühen, die Gesetze abzuschaffen. Das will die Regierung aber nicht; ich behaupte, sie agirt überhaupt gar keinen Ernst in dieser Beziehung. (Sehr wahr! im Centrum.) — Herr v. Gölzer sagt, wir wollten bereits die Begnadigung eines Bischofs beantragen; aber da petitionirten die Bewohner der Erzdiözese Köln um die Rückführung ihres heißgeliebten Erzbischofs. Ich finde es unbegründlich, wie man in dieser ebrfürchtvollen, innigen Bitte eine Agitation sehen kann. Der Herr Minister sagt, er ist nicht in der Lage; das ist richtig. Aber das Staatsministerium ist in der Lage. (Sehr richtig! im Centrum.) Dann, sagt der Herr Minister, kamen die Wirren in Breslau. Der Fürstbischof forderte die Staatspfarrer auf, zu ihrer Pflicht zurückzukehren, um sie in mildesten Worten zu behandeln. Wie man darin etwas Aggressives sehen kann, begreife ich auch nicht. Ferner soll wegen der gemischten Eben ein Gewissensaufliegen sein. Aber daran hat der Fürstbischof doch keine Schuld, wenn an einer Kirchenthür ein Proklama angeschlagen wird, das weder er noch ich billigt. Wenn aber ein Minister sich bestimmen läßt durch das Geschrei einer toll gewordenen Journalistik, so bedauere ich das außerordentlich. Der Minister hätte seinen Weg gehen sollen zur Freude der Katholiken und Protestanten, aber das will die Regierung nicht, sie liebt die antimatische Kräfte und Winkelzüge. — Endlich komme ich zu dem selbst. (Weiterkeit.) Ich glaube, daß der Angriff des Herrn Ministers gegen mich nicht sehr original ist. (Weiterkeit.) Es giebt ohne Redaktionsbemerkung die Rede wieder und ist verantwortlich dafür. Ich könnte stolz sein auf die Aufmerksamkeit, welche einem alten gebrechlichen Manne erwiesen wird. (Weiterkeit.) Ich werde in meiner Treue gegen die Kirche stets fortfahren, das Programm

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Februar. Wind: S.W. Wetter: Trübe. Auch heute müssen wir lediglich auf die auswärtigen Berichte Bezug nehmen zur Begründung des matten Verlaufs des hiesigen Marktes, wenigstens was Getreide betrifft.

bis 186,5 bez., per Juni-Juli 189-189,75-189 bez., per Juli-August 191 bis 190,5-191 bez., per August-September - bez., per September-Oktober 193,5 bez. - Gefündigt - Ztr. Ründigungspreis - M. per 1000 Kilogramm.

v. 1 22,00-21,00. - Roggenmehl Nr. 0 21,50, -20,50, 20-18,50. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 22. Februar. Die heutige Börse eröffnete in recht fester Haltung und mit meist höheren Kursen auf spekulativem Gebiet.

mehr den Bewegungen des Spekulationsmarktes folgen, konnten sich meist etwas besser stellen. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige erwiesen sich recht fest bei teilweise recht regem Verkehr.

Deutsche und preussische Staatsfonds wiesen in recht fester Haltung guten Verkehr auf; inländische Eisenbahnprioritäten waren ebenfalls aber ruhig.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. St.G., Dan. Anst. B. (Elbeth.), Reichs-Anst. (Pran.), Reichs-Anst. (S.M.), Schmeierstr. A.D.B., Böhm. Bahn 100%, (Lomb.) -80%, do. do. neue, do. Obligat. gar., Thessalon. 5, Ung.-G. Verb.-B. g., Ung. Nordostb. gar., do. Ostb. l. Em. gar., do. do. l. Em. gar., Korarberger gar., Reichs-Anst. g. Pr., Def. Nordw. Gld.-B., Reichs-Anst. Gold-Pr., Ung. Nordostb. G.-B., Brest-Grajewo, Scharf-Niow gar., Scharf-Kremont. g., Br. Russ. Eisb.-G., Jelez-Drei gar., Jelez-Boroneich g., Kozlow-Boroneich g., do. Obligationen 5, Kursk-Scharfow gar., Kursk-Scharf-Niow, Kursk-Riow gar., do. kleine, Sofowo-Sewastopol, Kozlow-Kajan gar., Kosco-Smolensk g., Drel-Griafy, Kajan-Kozlow g., Rajahel-Kozest. g., Rybinsk-Vologoye, do. l. Em., Schuja-Iwanowo g., Barschau-Tresp. g., Barschau-Wienerl. 5, do. III. Em., do. VI. Em., Zarstoe-Seio, Badische Bank, B. f. Spiritu. Prd., Berl. Kassener, do. Handelsgef., do. Prd. u. Ind., Braunschw. Rdb., do. Hypothek., Bresl. Dist.-Bank, do. Wechselb., Danziger Privatb., Darmst. Bank, do. Zettelbant, Deutsche Bank, do. Effekt. Bahn, do. Genossensch., do. Sp.-Bf. 60%, do. Sp.-Bf. 50%, Distonto-Komm., Dresdener Bank, Dorm. Bf. 50%, Eff.-Mafsch. 50%, do. do. neue 40%, Hamb. Komm. Bf., Landw. B. Berlin, Leipz. Kr.-Anf., Leipz. Dist., Magd. Privatb., Meckl. Hyp.-Bank, Reimiger Kredit, do. Sp.-B. 40%, Rat.-B. f. D. 50%, Niederl. Bank.